

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Christina Schenk und der Fraktion der PDS

Gespräche der Bundesministerin der Justiz mit Lesben und Schwulen

Die Bundesministerin der Justiz, Dr. Herta Däubler-Gmelin, hat im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Gesetzentwurfs zur Eingetragenen Partnerschaft zwei Gesprächsrunden (Januar, September) mit Vertreterinnen und Vertretern lesbischer, schwuler sowie lesbisch-schwuler Organisationen und Gruppen durchgeführt.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche lesbischen, schwulen bzw. lesbisch-schwulen Organisationen und Gruppen wurden zu dem Treffen mit der Bundesministerin der Justiz
 - a) im Januar,
 - b) im Septembereingeladen?
2. Nach welchen Kriterien erfolgte die Auswahl der zum Gespräch geladenen lesbischen, schwulen bzw. lesbisch-schwulen Organisationen und Gruppen?
3. Mit welchen konkreten Zielstellungen wurde
 - a) das Gespräch im Januar,
 - b) das Gespräch im Februardurchgeführt?
4. Welche Ergebnisse wurden bei den Gesprächen in
 - a) dem Gespräch im Januar,
 - b) dem Gespräch im Septembererzielt?
5. Sind seitens des Bundesministeriums der Justiz weitere Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern lesbischer, schwuler bzw. lesbisch-schwuler Organisationen und Gruppen geplant?
Wenn ja, mit welcher Zielstellung und welchem Teilnehmerinnen- und Teilnehmerkreis?

Berlin, den 6. Dezember 1999

**Christina Schenk
Dr. Gregor Gysi und Fraktion**

